Erscheint wöchentlich drei Mal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Vormittags. Vierteljährlicher Pränumerations-Preis für Einheimische 16 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 18 Sgr. 3 Pf.

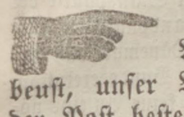


Insertionen werden bis Montag, Mittwoch und Freitag Nachmittag 5 Uhr in der Rathsbuchdruckerei angenommen und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

Organ für die Kreise Thorn, Culm und Strasburg.

№ 151. Dienstag, den 22. Dezember. 1863.



Unsere geehrten auswärtigen Abonnenten ersuchen wir ergebenst, unser Blatt gefälligst rechtzeitig auf der Post bestellen zu wollen.

Die Redaction.

Thorner Geschichts-Kalender.

22. Dezember 1558. Die Stadt erhält vom Könige Sigismund August ein Privilegium wegen freier Ausübung der Evangelischen Confession.

23. „ 1577. König Stephan Bathory kommt von Danzig hier an und bleibt bis zum 27.

„ „ 1812. Marschall Davoust trifft mit einer großen Anzahl französischer Flüchtlinge hier ein.

„Helft Euch selbst!"

Ein Jahrzehend ist im Hin- und Herberathen vergangen, bis nun endlich wieder die Thorner Weichselbrücke fertig dasteht. Wie seit 400 Jahren ist sie auch diesmal nur durch die Entschlossenheit und Thatkraft der Bürger Thorns vollendet worden. Vergeblich hat man auf die Unterstützung des Staates gerechnet und kostbare Zeit im Warten verloren. Möchte dieser Eine Beweis von opferfreudiger Entschiedenheit einer verhältnißmäßig kleinen Stadt nicht vereinzelt bleiben.

Es regt sich überall in Deutschland das freudige Gefühl des Selbstbewußtseins im Bürgerstande. Wir können hoffen, daß die Zeiten nahe sind, in welchen wieder jeder Einwohner des Landes weiß, daß er selbst ein lebendiges Glied des Staates ist und sich nicht mehr als außerhalb stehend, gleichsam fremd, den Staatsgewalten gegenüber fühlt. Immer deutlicher kommt unserem Volke die einfache Wahrheit zum Bewußtsein, daß der Staat eben aus der Gemeinschaft sämmtlicher Staatsbürger besteht, die sich bei allen ihren gemeinsamen Interessen hülfreiche Hand leisten und zur besseren Ordnung dieser gemeinsamen Angelegenheiten einer Regierung gehorchen, welche natürlich verpflichtet ist, alle jene Interessen gerecht gegen einander abzuwägen und im wohlthuenden Einklang zu erhalten.

Es giebt zwar noch Parteien, die eine andere Ansicht vom Staatswesen haben und es als eine mystische, übernatürliche Anstalt, als die Einsetzung einer höheren Macht, als eine geheimnißvolle göttliche Ordnung betrachten. Aber die große Mehrzahl der Preußischen Staatsbürger ist bereits von einer vernünftigeren politischen Ueberzeugung durchdrungen. Alle s. g. liberalen Parteien vereinigen sich in der Anschauung, daß der Staat die Interessen aller seiner Staatsbürger gleich gerecht wahrnehmen muß. Um aber dies zu können und alle solche Anordnungen zum Gemeinwohl richtig zu beurtheilen, sind seit 1848 die Abgeordneten des ganzen Volkes in die Landes-Hauptstadt geschickt, wie sonst nur die Kreisdeputirten in ihre Kreisstadt und die Abgeordneten für den Provinzial-Landtag in die Hauptstadt der Provinz. Dem Urtheil dieser Volksvertreter werden jedesmal die gemeinsamen Angelegenheiten eines Kreises, einer Provinz — oder des ganzen Landes — unterbreitet, wie die Gemeindevertreter ebenso allein über die Gemeindesachen zu entscheiden haben.

Ein Bild des Staates ist ja überhaupt jede kleine Gemeinde. Der Magistrat hat nur die Beschlüsse der Stadtverordneten auszuführen. Diese allein bestimmen den städtischen Etat und entscheiden über alles Gemeinde-Eigenthum und dessen Verwendung. Wohl der Stadt, in welcher die Communalbehörden die richtige Einsicht besitzen und das Gemeinwohl wirklich als ihr Haupt-Augenmerk ansehen! Was selbst kleine Communen leisten können, hat unser Thorn eben wieder gezeigt. Aber warum ist der Bau der Brücke so spät beschlossen? Warum hat die Stadt zehn Jahre lang eines festen Weichselübergangs entbehren müssen? — Es fehlte das Vertrauen zur eigenen Kraft. Es fehlte wohl auch die Uebereinstimmung in den Ansichten. — Hoffen wir, daß der nun durchgeführte Entschluß ein guter gewesen, daß die nunmehr so schön und stattlich aufgestellte Pfahlbrücke ein dauerndes und wahrhaft nützliches Werk für Thorn sein und bleiben möge! Ruhmvoll ist es schon jetzt für die Stadt.

Aber wir haben noch einen zweiten Wunsch. Möchte auch im großen Staatsleben die Festigkeit der Volksvertreter nicht nachlassen, wie unsere städtischen Vertreter standhaft geblieben sind. Möchte der Staat sich aufraffen und durch eine entscheidende That der Welt beweisen, daß er würdig sei, eine Großmacht zu heißen. Wer wüßte nicht, was Muth und Einigkeit in den Tagen der Vergangenheit selbst bei kleineren Völkern geleistet haben?! Darum heißt es ja: „Ein Volk, das stehn will, kann nicht untergehn".

Zur Kraft des Staates aber trägt vor Allem die Anhänglichkeit und Opferwilligkeit seiner Bürger bei. Wenn diese all' insgesammt feststehn und mit voller Kraft dem Ganzen ihre Unterstützung widmen, dann kann der Staat nie fallen! — Schwere Zeiten stehn uns bevor. Nach 50 Jahren sollen sich vielleicht die Söhne, die Enkel jetzt wieder ihrer Vorfahren würdig beweisen. Wohlan! sei für uns der Grundsatz der Selbsthülfe geltend, wie er sich in Thorn jetzt eben neu bewährt. Möchte dieser Grundsatz ein allgemeiner, das Beispiel unsrer Stadt beherzigt werden. Möchte jede Gemeinde, jeder Kreis, jede Landschaft es lernen, sich zunächst auf eigene Kraft und Tüchtigkeit zu verlassen, von keinem Anderen als von ihrer eigenen Gemeinschaft Hülfe zu erwarten! Dann wäre der stolze und doch so ganz allein vernunftgemäße Gedanke einer Selbstverwaltung, einer wahrhaften Selbstregierung des Volkes bald verwirklicht. —

Und auf dieses Ziel hinzuarbeiten, zu dieser Stufe der politischen Bildung vorzubereiten, zunächst in unseren drei Kreisen Thorn, Culm, Straßburg bei allen Lesern unseres Blattes dazu mitzuwirken: das soll das Streben desselben, das seine ausgesprochene Tendenz werden. Die Kreise Thorn und Culm sind als vereinigter Wahlbezirk mit einander ebenso innig verbunden, wie die Kreise Thorn und Straßburg durch das gemeinschaftliche Schwurgericht.

Für diese drei so verknüpften Kreise also soll unser „Thorner Wochenblatt" in seiner neuen Gestalt das Organ im oben ausgesprochenen Sinne werden. Sein Motto sei Selbstverwaltung der Gemeinden, Selbstregierung des ganzen Volks und freie Selbstbestimmung jedes Einzelnen!

Wer diese Grundsätze auch als die seinigen anerkennt, der ist unser Parteigenosse, und diese unsere Partei wird hoffentlich bald das ganze Volk umfassen, sowie ihre Ueberzeugung bereits von der weitaus überwiegenden Mehrzahl aller Preußen getheilt wird! † †

Landtag.

Herrenhaus. Sitzung am 19. Dezbr. Graf Arnim-Boytzenburg nebst Genossen beantragt eine Adresse an Se. Maj. den König. Der Antrag wird ohne Diskussion angenommen. In dem Adreßentwurf erklärt sich das Haus für die Anleihe von 12 Mill. Schließlich heißt es im Adreßentwurf: daß das Haus die unbedingte Genehmigung des Gesetz-Entwurfes über den Geldbedarf für die militärischen Maßregeln in Folge der zwischen Deutschland und Dänemark schwebenden Streitfragen, einerseits als eine unabweisliche Pflicht erkennt,

daß es aber, auch wenn, wider Verhoffen, derselbe die Genehmigung des anderen Hauses nicht finden sollte, von der Zuversicht erfüllt ist, daß die Opferbereitschaft des Preußischen Volkes, wo es sich um die Ehre und Pflicht Preußens, wie um den Schutz eines deutschen Bundeslandes gegen Vergewaltigung Seitens Dänemarks handelt, nöthigenfalls ohne ein Gesetz jene Mittel gewähren werde.

Abgeordnetenhaus. Sitzung am 17. Präsident Grabow. Abg Sello sprach Namens des Hauses die Freude über die Rückkehr des Präsidenten aus und forderte das Haus auf, zum Zeichen der Zustimmung sich zu erheben. Das Haus erhebt sich (die Bänke der Konservativen waren noch fast sämmtlich leer). Präsident Grabow dankte mit einigen Worten, das Land habe die Tendenz des Antrages verstanden und er werde vor solchen Anträgen von seinem Platze nicht weichen. — Der Finanzminister brachte den von der Thronrede in Aussicht gestellten Gesetzentwurf betreffend die Ergänzung des Art. 99 der Verfassung ein. Derselbe enthält nur einen Artikel, welcher also lautet: „Wenn die zur gesetzlichen Feststellung des Staatshaushaltsetats erforderliche Uebereinstimmung des Königs und beider Häuser des Landtags nicht erreicht werden kann, so bleibt der zuletzt gesetzlich festgestellte Etat bis zur Vereinbarung eines neuen Etats in Kraft. Außerordentliche Ausgaben, insoweit sie nicht auf einer Verpflichtung des Staates beruhen, dürfen jedoch in dieser Zwischenzeit nur geleistet werden, wenn sie zu solchen Zwecken bestimmt sind, denen durch eine in dem zuletzt gesetzlich festgestellte Etat erfolgte Bewilligung vorgesehen ist, und nur in Höhe des durch diesen Etat bewilligten Betrages. Eben diese Bestimmungen gelten für den Fall, daß die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für die nächste Etatsperiode über den Anfang derselben sich verzögert." Nach kurzer Debatte entschied sich das Haus für die Ueberweisung des Gesetzentwurfs an eine besondere morgen zu wählende Kommission.

Debatte über den Adreß-Antrag. Ref. Abg. v. Sybel ist krank, Korref. Abg. Virchow giebt das Referat. Virchow macht zunächst auf die ernste Bedeutung des Gegenstandes aufmerksam, und geht dann auf

den Verlauf der Angelegenheit seit Eröffnung des Hauses zurück. Die Motive des Entwurfs über den außerordentlichen Kredit sagen nichts von der eigentlichen Lage der Streitfrage zwischen Deutschland und Dänemark. Auch die Mittheilungen, welche die Regierung in der Kommission und im Hause machte, halten sich in der Reserve. Das Haus hat diese zu prüfen, ob es nicht vor Berathung der Vorlage den Versuch machen müsse, Se. Majestät zu bestimmen, seinen Ministern eine bessere Politik vorzuschreiben, eine Politik, die nicht von der Erregtheit des Augenblicks, sondern von der Geschichte der Jahrhunderte diktirt, für welche die Ehre Deutschlands verpfändet sei. Es handle sich um Schleswig, und die Motive sprechen nur von Holstein und Lauenburg. Der Bund habe schon 1846 Schleswig in die Frage verflochten. 1848 sei der König für das volle Recht Deutschlands eingetreten, und auf dieser Grundlage sei der Krieg gegen Dänemark eröffnet, für diese Ziele habe die preußische Armee ihre Ehre eingesetzt, und diese sei verpfändet durch schmähliche Verträge, die noch nicht gelöst seien. Es folgte Olmütz, das Warschauer Protokoll, wo Rußland sich decouvrirte, es folgten die Londoner Verhandlungen und der Vertrag von 1852, worin zwei deutsche Großmächte über deutsches Recht verfügten, welches ihnen nicht zustand; die Rechte des deutschen Bundes seien allerdings vorbehalten worden, aber dem deutschen Bunde sei der Vertrag nicht vorgelegt, wahrscheinlich weil in Verfolgung der trostlosen Olmützer Politik der Bund aus dieser Angelegenheit herausgedrängt werden sollte. Auch jetzt habe die Staatsregierung es nicht im Interesse Preußens gefunden, den deutschen Bund zu einer offenen Deklaration seiner Stellung zu dem Londoner Vertrage aufzufordern, vielmehr sich allein die Entscheidung über ihre Stellung zu demselbem vorbehalten. Gerade jetzt hätte Preußen seine bundestreue Stellung und den deutschen Charakter der Frage wahren müssen. In den identischen Noten Preußens und Oesterreichs hört man zum ersten Male die von der Seine her gewohnte Sprache; der Bund soll sich für die „Sicherheit und Ordnung Europa's" interessiren, während seine eigne Sicherheit vertragsmäßig seine höchste Aufgabe ist, statt sich selbst auf den deutschen Standpunkt zu stellen, fordern sie den Bund auf, sich auf einen europäischen Standpunkt zu stellen. Sie machen eine Frage zu einer europäischen, die stets eine deutsche war. Das sei eine Politik, die Preußen zum Satelliten Oesterreichs mache und schließlich die österreichischen Reformpläne verwirkliche; das sei ferner eine Politik, in der Preußen seine deutsche Stellung ganz verlasse. Die Regierung möge doch endlich anerkennen, daß sie durch keinen europäischen Vertrag das innere Staatsrecht in Deutschland ändern kann und ändern darf. Auf diese innere Staatsrecht lege die Adresse das Hauptgewicht, nach ihm lasse sich die Verfassungs- von der Successionsfrage nicht trennen Redner unterwirft hierauf das Perniceſche Gutachten einer einschneidenden Kritik. Hätte sich Preußen von vorn herein auf den Standpunkt des nationalen Rechts und des innern Staatsrechts gestellt, kein europäischer Staat hätte Einspruch erheben können, am wenigsten Frankreich oder England dem eigenen Volke gegenüber, höchstens Oesterreich und Rußland, weil sie dadurch Preußen niederhalten. Aber Preußen habe zusammen mit Oesterreich Pression auf den Bund geübt, als er diesen Standpunkt nicht inne hielt. Der Ministerpräsident habe die Verzichtsurkunde des älteren Augustenburgers erwirkt, die nicht im preußischen sondern im dänischen und russischen Interesse lag, weil die russische Succession einen russischen Keil in Deutschland hineintreiben werde. Habe sich der Ministerpräsident hierfür interessirt, so könne man allerdings nicht erwarten, daß er sich jetzt für eine deutsche Gegenpolitik interessire. Es sei indessen vorauszusetzen, daß die Ansicht Sr. Majestät eine andere sei. Die einstimmige Meinung des preußischen Volkes könne nur durch dieses Haus an den König gelangen, es sei daher Recht und Pflicht des Hauses, mit einer Adresse an den König zu gehen, welche ihm die Politik der Regierung der Wahrheit gemäß charakterisire. Der König werde nicht taub sein gegen eine Mahnung in so schwerer Stunde. Zu dem Verfassungskonflikt, in welchen sich die Regierung mit dem Volke gestellt, trete der nationale Konflikt. Im deutschen Volke lebe das Gefühl, daß seine staatlichen Verhältnisse nicht bleiben können, wie sie sind. Unter Oesterreichs Vorsitz haben die deutschen Fürsten dies Bedürfniß annerkannt, durch ein Bündniß mit Oesterreich wird Preußen das nicht wegwischen und auf diesem Wege wird man die nationale Bewegung nicht zum Austrag bringen. Mögen deutsche Fürsten die Legitimität der Zweckmäßigkeit opfern, mögen sie ein Stück von Deutschland an Dänemark hingeben, die Nemesis wird nicht ausbleiben! Diese schwere Lage dem König darzulegen, sei Recht und Pflicht des Hauses. Ministerpräsident v. Bismarck fragt, ob Redner es nicht für möglich halte, daß auf dem Gebiete seine Fachwissenschaft ein Dilettant vor einem günstigen Publikum mit Beifall unrichtige Sätze aufstelle die er nicht wiederlegen könne, ohne in die kleinsten Details einzugehen. Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe seien einander widersprechend, er solle zu russisch, zu englisch, zu preußisch, ja zu europäisch in seiner Politik sein, solche Vorwürfe heben sich gegenseitig auf. Als er mit dem Herzog von Augustenburg verhandelte, habe er die Befehle des Königs vollzogen, und zwar so, daß ihm der Herzog und der Erbprinz noch bis in die neueste Zeit dankbar gewesen seien. Seine Mittheilungen in der Kommission seien soweit gegangen, als irgend ein liberaler Minister hätte gehen können. Ueber die Minister weg mit dem Könige zu reden, um diesen aufzuklären, daß sei eine Fiktion, die wohl Niemand ernstlich nehme. Um die Anleihe abzulehnen, mache man dem Ministerium unrichtige Vorwürfe. Das Programm der Regierung mache das citirte Wort des Königs zur Wahrheit. Eine Versammlung von 350 könne nicht auswärtige Politik machen. Der Uebergang zum Kriege sei der Regierung jeden Tag möglich, und das Programm sei ein Programm für den Frieden nach dem Kriege. Diese Chance gebe nicht verloren, wenn das Haus bewillige, oder wenn die privatim aus Kopenhagen eingelaufenen Nachrichten sich bewahrheiten, so wird die Regierung bald eine umfangreichere Kriegsbereitschaft und einen umfangreicheren Kredit fordern müssen. Kommt Schleswig in die Frage herein, so wird der Punkt da sein, wo 50—100 Millionen gefordert werden müssen. Die Regierung fordere nur die Mittel zur Erfüllung ihrer Bundespflicht; wolle das Haus diese verweigern, wolle es die Mittel verweigern, um mit Uebermacht den Dänen entgegentreten können, und die Seeküsten zu armiren, so lade es eine schwere Verantwortlichkeit auf sich. Dr. Löwe (Bochum) macht Mittheilung über den Gang der Verhandlungen in der Kommission. Dieselbe beschäftigte sich zuerst mit dem finanziellen Theile, fand zwar viele Bedenken dem Hause vorzulegen. Die Regierung verlange eine größere Summe, als zur Erfüllung der Bundespflicht nöthig wäre, sie verlange außer der Summe zur Pflichterfüllung eine Vertrauensbewilligung. Die verlangten Kosten betragen für die erste Mobilmachung von 30,000 Mann 2½ Millionen, also würde die ganze Armee 30 Millionen kosten, 1850 sei man mit weit weniger ausgekommen, diese Fragen seien indeß in der Kommission nicht erledigt. Von der finanziellen Seite sei die Kommission indeß abgegangen, um sich zunächst über den letzten Zweck der Anleihe zu vergewissern. Die Erklärungen des Ministerpräsidenten seien gewesen wie heute: temporisiren und freie Hand lassen, der zünftige Diplomat gegenüber dem unzünftigen Praktiker. Der Minister verlange ein Vertrauensvotum, da müsse man doch die Ziele der Politik kennen. Die Vergangenheit des Ministerpräsidenten gebe für ein Vertrauensvotum keine Garantie. Redner erläutert dies durch einen Rückblick auf die Politik des Ministerpräsidenten, so lange derselbe diese Stellung einnimmt. Auch bei den deutschen Bundesgenossen könne der Ministerpräsident kein Vertrauen haben. Er, Redner, wolle gern seine Parteipolitik auf dem Altare des Vaterlandes niederlegen, aber er wolle wissen, daß die Politik zum Ziele führe. Und das sei nicht möglich, wenn nicht einmal Vertrauen der deutschen Bundesgenossen da sei. Nachdem die Reorganisation so weit durchgeführt sei, müsse er beklagen, von einem preußischen Staatsmann hören zu müssen, daß Preußen sich nicht einmal Dänemark gegenüber ohne große Rüstungen rühren könne. So übel gestellt sei die europäische Lage nicht, daß der jetzige Moment als ein ungünstiger zum Vorgehen betrachtet werden könne. Rußland, die erstbetheiligte Macht, sei jetzt nicht zu fürchten. Warum Preußen nicht erklärt habe, daß der londoner Vertrag noch nicht perfekt sei, sondern erst den schleswig-holsteinschen Ständen vorgelegt werden müsse. Noch mit keinem Finger sei der Ministerpräsident vom londoner Vertrage los. Gegen wen sei also die Bundesexekution, und welches Objekt habe sie? Der Minister-Präsident berufe sich auf §. 32. der Wiener Schlußakte; die Regel desselben, daß gegen eine Regierung exequirt werde, liege nicht vor, also wohl die Ausnahme, die Hülfeleistung gegen einen Aufstand, wie Artikel 26 feststelle. Dieser Artikel passe allerdings vortrefflich, es sei ein Aufstand der dänischen Beamten gegen den Herzog Friedrich vorhanden, gegen den der Bund dem letzteren beistehen müsse, aber der Bund habe den Herzog Friedrich noch nicht anerkannt, und Preußen habe die stärkste Pression geübt, um diese Anerkennung zu verhindern Vorläufig liege in der Exekution die Anerkennung des Königs von Dänemark als Herzog von Schleswig-Holstein. Werde dies festgehalten, so liege wieder in Aussicht, daß unser Heer das Land gebunden an den Fremden ausliefere. Zu temporisiren sei in dieser Frage nicht mehr, nur wenige Wochen dieser Politik, und das fait accompli sei fertig. Wir wollen mit den größten innern Opfern Alles thun, um eine Aenderung dieser Politik herbeizuführen. Wir sind durch diese Frage in eine unglückliche deutsche Krisis gekommen: Dualistisch haben Oesterreich und Preußen sich vereinigt, eine nichtdeutsche Politik zu üben, der Dualismus vernichtet Deutschland. Wir sehen daher eine Bewegung, die Baiern an die Spitze drängt; die Mittelstaaten können das nur, wenn sie Deutschland aus Schleswig-Holstein holen. Wollen sie das nicht, so wird die Nation das in das große Rechnungsbuch eintragen, das sie seit dem Rastatter Kongresse führt, sie wird es eintragen gegen die Mittel- wie gegen die Großstaaten. Die General-Diskussion wird nunmehr eröffnet, und zwar zugleich über die Frage, ob eine Adresse. Graf Bethusy-Huc hat beantragt, zuerst den Kredit zu bewilligen und erst dann in die Berathung einer Adresse zu treten. Der Antrag findet jedoch nicht die hinreichende Unterstützung Abg Waldeck. Die Anleihe sei nicht gerechtfertigt, auch vom Standpunkte der Regierung aus nicht; denn der Standpunkt der Regierung führe nicht zum Kriege, da Dänemark daß Geforderte bewilligen könne. Für eine Bundesexekution, die etwas über 2 Millionen koste, sei keine Anleihe nöthig. Bei früheren Anleihen sei wenigstens ein Krieg dagewesen, jetzt aber liegt nichts vor, als reine Möglichkeit. Wie soll sich innerhalb einer Politik, die im Einklang mit den Europäischen Großmächten ist, ein Krieg entwickeln? Wie ein Bundeskrieg, da zu solchem ⅔ der Stimmen des Bundestages gehören? Das Geld für die Bundesexekution kann uns aber keine Sorge machen: wir werden von den Ausgaben des Budgets 5 Millionen streichen, also ist Geld genug da. Kommt es aber zum Kriege, so ist es nur ein Scheinkrieg, wozu wir kein Geld bewilligen können, dieser Regierung können wir keinen extraordinären Kredit bewilligen, weil sie die Verfassung verletzt hat. Das Abgeordnetenhaus steht mit der Regierung blank, aber waffenlos. Die einzigen Waffe, die Verweigerung extraordinärer Bewilligungen, könen wir nicht preisgeben. Wenn uns dieser Grund genügte, die 12 Millionen-Anleihe zu verwerfen, so war das eine männliche That; daher die Adresse nicht mehr nöthig, da sie ihren Zweck verfehlen werde und das Volk der Belehrung über den Standpunkt des Hauses nicht mehr bedürfe Der Inhalt der Adresse mache es aber ihm und einigen Gleichgesinnten unmöglich, für dieselbe zu stimmen. Der Zweck könne nicht Umstimmung des Ministeriums, sondern nur Entlassung des Ministeriums sein. Die auf solche Adresse zu erwartende Antwort kenne man ja, und er könne sich nicht entschließen, zum dritten Male einen gleichen Vorgang zu veranlassen. Die Größe des Zweckes rechtfertige nicht falsche Mittel. Der Hauptgrund gegen die Adresse sei der Ausspruch, daß man jedem Ministerium, welches die Politik der Adresse verfolge, alle Mittel bewilligen wolle. Das sei eine Augmentirung des geforderten Kredits, das heiße einem zukünftigen unbekannten Ministerium alle Mittel zur Disposition stellen. Ein Ministerium, das die Haltung des gegenwärtigen in dem Verfassungskonflikte fortführe, könne man keine extraordinären Mittel bewilligen; das hätte vorbehalten werden müssen, wie früher. Die Anerkennung der Verfassung muß jeder Bewilligung vorausgehen. Ein Amendement stelle er nicht, weil er es nicht für entsprechend der Würde des Hauses halte, nach den bekannten zweimaligen Ergebnissen denselben Schritt zum dritten Male zu thun. Ein reactionäres Ministerium sei gar nicht im Stande, die Herzogthümer gegen England und Rußland zurückzuerobern; deshalb werde jeder Krieg, den ein reaktionäres Ministerium führe, ein Scheinkrieg sein.

Nach dem Abgeordneten Waldeck nahmen noch der Abg. v. Unruh, der Kriegsminister und zuletzt der Abg. Virchow das Wort. Hierauf wurde in namentlicher Abstimmung der Adreßentwurf mit 207 Stimmen gegen 107 Stimmen angenommen. Die Minorität bildeten etwa 30 Mitglieder der Fortschrittspartei und des linken Centrums, die Klerikalen, die Konservativen und die Polen, welche bei dieser Gelegenheit sich nicht, wie sonst in deutsch-nationalen Fragen, der Abstimmung enthielten. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet morgen (Sonnabend) Vormittags 10 Uhr statt Tagesordnung: Die Gesetzentwürfe über die Aktiengesellschaften und die Veränderungen des Zolltarifs; Budgetberichte. Mit Rücksicht auf den uns zugemessenen Raum beschränken wir uns heute auf diese Notiz und werden in nächster Nummer speziell über die

Reden der vorgenannten Abgeordneten und den Kriegsministers besonders referiren.

Sitzung am 19. Der Ministerpräsident hat auf das Schreiben, welches in Betreff des Empfanges der Adreßdeputation an ihn gerichtet worden ist, geantwortet, daß er um die Befehle Sr. Majestät angefragt habe und sobald der Befehl erfolge, Nachricht geben werde. — Die Gesetzvorlage, betreffend die Aktiengesellschaften und die Verordnung, betreffend die Abänderung des Zollvereinstarifs, werden ohne Diskussion angenommen. Die oktroyirte Verordnung, betreffend die Verhütung des Zusammenstoßes der Seeschiffe wird unter Streichung des Art. III. genehmigt. Ueber den Art. III. fand eine kurze Debatte statt. Art. III. bestimmt nämlich, daß die Regierung die Bestimmungen des Vorliegenden Gesetzes im Wege der Verordnung abändern könne, die Kommission will nicht die Ermächtigung zu Abänderungen in ein Gesetz aufnehmen und die Regierung auf den Artikel 63 der Verfassung verweisen. — Es folgt hierauf die Berathung der Etats der Münze, der allgemeinen Kassenverwaltung und des Finanzministeriums.

Politische Rundschau.

Zur Schleswig-Holsteinischen Frage. Die gemeinschaftliche Action Preußens und Oesterreichs in Sachen Schleswig-Holsteins nimmt ihren charakteristischen Fortgang. Herr v. Bismarck hat an die Regierung des Herzogs Ernst von Coburg-Gotha, Graf Rechberg an diejenige des Großherzogs von Baden eine sehr scharfe Note gerichtet. Die Note des Herrn von Bismark soll nach einer telegraphischen Depesche des Wiener „Vaterlands" die Regierung des Herzogs von Coburg „für die Bestrebungen des Herzogs Friedrich von Augustenburg verantwortlich machen." Was Graf Rechberg an Herrn v. Roggenbach communicirt hat, ist noch nicht bekannt. Die „Wiener Presse" nennt es „mehr als scharf;" sie fügt aber gleichzeitig hinzu, daß Herr v. Roggenbach bereits „mehr als scharf" geantwortet habe. Es ist gut und der nationalen Sache nur förderlich, wenn die vereinigte Politik der Herren v. Bismarck und Rechberg sich mehr und mehr enthüllt. — Der Einmarsch der Bundestruppen wird am 22. Dezember stattfinden. — „Das unterzeichnete schleswig-holsteinische Departement der Finanzen hat heute ein Schreiben einer ungenannten deutschen Frau mit der Bitte empfangen, folgende Aufforderung durch die Zeitungen bekannt machen zu lassen: „Deutsche Schwestern! Leset die Zeitungen! Ihr werdet sehen, wie überall Vereine sich bilden, um Schleswig-Holstein von seinen Unterdrückern zu befreien. Schwestern! Ihr könnt das Meiste dazu beitragen, die Flammen nicht auslöschen zu lassen. Klagt nicht über den Abschied von Vätern, Männern, Geliebten und Brüdern. Segnet Alle, die dem verlassenen Bruderstamme helfen wollen. Denn denkt zurück an 1813, wie unsere Großmütter freudig auf dem Altare des Vaterlandes ihren Schmuck niederlegten. Folgt Alle dem Beispiele! Gebt Euren unnützen Tand hin nach Gotha zur Befreiung von Schleswig-Holstein. Helfet die Thränen einer Million Menschen trocknen!" Der Wunsch der ungenannten Einsenderin wird hierdurch erfüllt. Zugleich wird dieser Weg gewählt, um derselben für den ganzen Inhalt Ihres Schreibens auf's Herzlichste zu danken, welches, wie die obige Aufforderung in ergreifender Weise darthut, die wärmsten Sympathien für das bedrängte Schleswig-Holstein ausspricht. Gotha, den 15. Dezember. Herzogl. schleswig-holsteinisches Departement der Finanzen." — Der Geschäftsführer des schleswig-holsteinischen Ausschusses des Nationalvereins erläßt eine Erklärung des Inhalts, daß die Zahl der sich zum Eintritt in die schleswig-holsteinische Armee Meldenden täglich wachse, und daß selbst nach Göttingen junge Männer sich stellten. Er bemerkt, daß der Nationalverein keine Freischaaren bilde, sondern nur die Bildung einer schleswig-holsteinischen Armee unter Herzog Friedrich mit allen Kräften unterstütze. Es sei das Beste, vorläufig noch die militairische Ausbildung im Wohnorte selbst zu betreiben. Er hoffe, daß der Abgeordnetentag ein Central-Comitee bilden werde, und daß dann nach Herbeischaffung der nöthigen Mittel unverzüglich ans Werk gegangen werde.

— Der gesetzgebende Körper der freien Stadt Frankfurt hat am 18. Dezember beschlossen, den Senat zu ersuchen, daß er zu der Anleihe des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein 100,000 Thlr. aus Staatsmitteln zeichnen möge. — Sicherem Vernehmen nach soll der Herzog von Koburg-Gotha in Folge mehrfacher Aufforderungen seine Bereitwilligkeit erklärt haben, dem zu bildenden Centralkomitee für Schleswig-Holstein beizutreten, um die Vermittelung zwischen der nationalen Bewegung, den Regierungen und dem Herzog von Schleswig-Holstein zu übernehmen. — Das „Dresdner Journal" v. 19. d. veröffentlicht die sächsische Antwortnote auf die identischen Noten Oesterreichs und Preußens wegen Schleswig-Holstein. Es heißt in der Antwort unter Anderem: Die Verpflichtungen, welche für Oesterreich und Preußen aus dem Londoner Protokolle herrührten, habe Sachsen keineswegs übersehen, allein die Bundesverträge könnten durch den Londoner Vertrag nicht alterirt werden. Nach den Bundesverträgen stehe die Kognition über die Erbfolge in einem Bundeslande dem Bunde, nicht dem Auslande zu. Auf diesem Rechtsboden hätten die deutschen Großmächte mit den Unterzeichnern des Londoner Vertrages und mit Dänemark abzurechnen, nachdem Letzteres seine Verpflichtungen unerfüllt gelassen habe. Ein desfallsiger verfassungsmäßiger Bundesbeschluß sei weder ein Uebergriff gegen Oesterreich und Preußen, noch gegen das Ausland. Die deutschen Großmächte würden. wenn sie diesen Bundesbeschluß dem Auslande gegenüber verträten, sich den Dank ihrer Bundesgenossen erwerben und dem Bunde Kraft verleihen. Wenn der Bund sein Recht wahre, würden auch die europäischen Mächte dem Bunde sein Recht widerfahren lassen. Eine Vorenthaltung dieses Rechtes und die Mißachtung des Bundes zu dulden, wäre eine Gefahr, welche die deutschen Regierungen höher als jede andere Gefahr anzuschlagen hätten.

Lokales.

— **Personalia.** Herrn Lehrer Ottmann überreichte am Mittwoch d. 16. Herr Pfarrer Markull als Commissarius der Kgl. Regierung zu Marienwerder in Gegenwart mehrer Mitglieder der Schul-Deputation ein Diplom, nach welchem ihm der Titel Konrektor ertheilt worden ist.

— **Aus dem Kriminalgefängnisse** (Stockthurm) des Kgl. Kreisgerichts ist in der Nacht vom Sonntag d. 20. zum Montag d. 21. der vom Schwurgerichtshofe am 4. Juli d. J. zum Tode verurtheilte ehemalige katholische Pfarrer Ossowiecki (s. Nro. 79 u. Bl.) entsprungen. Anzeichen sollen darauf hindeuten, daß er bei seiner Flucht von Außerhalb unterstützt worden sei. — Ebenso sind mehre Verbrecher, welche von hier nach Graudenz in's Zuchthaus abgeführt wurden, in Culmsee entsprungen.

— **Zweite Volksversammlung** zur Besprechung in der schleswig-holsteinschen Angelegenheit im Rathhaussaale am Sonnabend d. 19. d. um 12 U. Mitt. Die Versammlung eröffnete Herr G. Prowe. Er theilte mit, daß die Versammlung um 12 Uhr auf den Wunsch sehr vieler größerer und kleinerer Gutsbesitzer aus dem Kreise angesetzt worden sei, von welchen die Meisten durch das schlechte Wetter verhindert worden wären zu erscheinen. Herr Direktor Dr. Passow mahnte darauf in einer kurzen und kräftigen Anrede zur Geldunterstützung für Schleswig-Holstein. Herr G. Prowe theilte darauf ein Anschreiben des hiesigen „Comitees zur Bildung eines Hilfs-Fonds für Schleswig-Holstein" an die einflußreichsten Persönlichkeiten in der Provinz Preußen mit. Was mit dem Anschreiben bezweckt wird, wolle der geehrte Leser aus folgenden Stellen desselben entnehmen. Sie lauten: „Das Interesse für die (schleswig-holsteinsche) Sache ist in stetem Wachsen begriffen. An allen Enden des Vaterlandes beginnt man auch durch die klingende That demselben Ausdruck zu geben, Allein, Sie wissen selbst am Besten, was wenig vereinzelte Kundgebungen dieser Art zu bedeuten haben. Wollen wir unseren schleswig-holsteinischen Brüdern wirksam helfen, so müssen sehr bedeutende Summen aufgebracht werden, und diese sind nur dann zu beschaffen, wenn eine opferfreudige Selbstbesteuerung im großartigsten Maßstabe eintritt, wenn es dahin kommt, daß jeder deutsche Mann, ohne Unterschied der politischen Partei, mag er reich oder arm sein, an diesem großen, ihn selbst ehrenden Werke sich betheiligt. So und nur so können Summen zusammengebracht werden, mit denen der Sache wirklich geholfen werden kann. Unsere Provinz war es, die einstens zuerst sich erhob, als es galt, den fremden Eroberer zu verdrängen. Auch jetzt steht der Feind im deutschen Lande. Darum folgen wir dem Beispiele unserer Väter. Thun wir schleunigst, was in unseren Kräften steht. Vorlaüfig ist es ja nur Geld, was man von uns verlangt. **Vereinigen wir uns in West- und Ostpreußen, und versuchen wir eine Selbstbesteuerung in dem bezeichneten Maßstabe über die ganze Provinz ins Werk zu setzen.** .... Wir, hier in der äußersten Ecke unserer Provinz, halten uns nicht für berechtigt, uns an die Spitze dieses Unternehmens zu stellen. Ein Mahnruf aber muß uns gestattet sein, ein Mahnruf, welcher, so hoffen wir, in den Herzen anderer patriotischer Männer einen lauten Wiederhall finden wird. Als Ort der Versammlung möchten wir vorläufig Dirschau vorschlagen. Als Zeitpunkt würden sich die Tage zwischen Weihnachten und Neujahr empfehlen, weil dann vielleicht auch unsere Abgeordneten vom Landtage unter uns sein dürften. Auch hierüber wird Ihre gefällige Aeußerung erbeten." — Und der Mahnruf des hiesigen Comitees hat, wie Herr G. Prowe berichtete, einen lebhaften Wiederhall in allen Gauen unserer Provinz gefunden, da die Zahl der zustimmenden, bis v. Sonnabend eingegangene Antworten sehr bedeutend war.

— **Das Comitee für Schleswig-Holstein** hat folgendes Anschreiben erlassen: „An die Deutschen in Stadt und Kreis Thorn. Von Tage zu Tage rückt die Entscheidung über das Schicksal der deutschen Herzogthümer Schleswig-Holstein näher! Von Tage zu Tage höher steigt überall in Deutschland die opferfreudige Begeisterung für das gute Recht Schleswig-Holsteins und seines rechten und echten Herzogs! Von Tage zu Tage allgemeiner wird die Erkenntniß, daß es sich in Schleswig-Holstein um Preußens und Deutschlands Ehre, Macht und Ansehen handelt für lange Jahre hinaus!

Wir hier im deutschen Grenzlande haben noch viel nachzuholen! Darum fordern wir jeden deutschen Mann, dem des Vaterlandes Wohl ehrlich am Herzen liegt, auf, daß er seine Pflicht gegen den lange mißhandelten Bruderstamm rasch und ganz erfülle. Wir bitten nicht um Almosen und milde Gaben; wir erwarten, daß jeder Deutsche nach seinen Kräften, der Reiche viel, der Arme von seinem Wenigen, beisteuere; denn es gilt eine heilige Pflicht zu erfüllen. Wir fordern alle deutschen Männer auf in ihren Kreisen dahin zu wirken, daß Niemand zurückbleibe. Wir halten es nicht für möglich, daß deutsche Männer zögern oder zagen, daß sie mäckeln oder markten, wo das Vaterland um Hülfe ruft."

Geldspenden nehmen an die Herren: Buchholz-Neuhoff. Elsner-Papau. Feldt-Lonzynek. E. H. Gall. Dr. Güte. Joseph. Kroll. R. Kauffmann. E. Lambeck. Lesse. Jul. Lachmann. B. Meyer. R. Neumann. Dr. Passow. Dr. A. Prowe. G. Prowe. Pohl-Ollek. Rafalski-Czychoradz. Rübner-Sierokko. Rottemun-Schönsee. Sponnagel-Folsong. R. Schwartz. Steinborth-Preuß. Lanke. Wentscher-Rosenberg.

Durch die Opferfreudigkeit Weniger ist das Comitee bereits im Stande gewesen 500 Thlr. abzusenden.

Von der schleswig-holsteinschen unverzinslichen Anleihe des Herzogs Friedrich VIII. sind Apoints à 5 und 10 Thlr. zu haben bei Herrn G. Prowe.

— **Die Handelskammer** hat auf ihr Gesuch (s. Nr. 149 u. Bl) betreffs der Einfuhr transitirenden Getreides auf der Bromberg-Warschauer Eisenbahn an die Kgl. Direktion der Ostbahn von dieser einen sehr dankenswerthen Bescheid erhalten. Die Kgl. Behörde ist der Ansicht, daß nach der von Herrn Provinzial-Steuer-Direktor zu Danzig gewährten Erleichterung für besagte Einfuhr die Einlegung eines besonderen Extrazuges nicht erforderlich sei. Der Bescheid schließt folgendermaßen: „Schließlich bemerken wir noch ergebenst, daß wir die Kosten der Beamtenbegleitung und die nächtliche Bewachung der eine größere Anzahl offener polnischer Wagen führenden Züge auf diesseitige Fonds übernehmen.

— **Betreffs der Polizeiverwaltung** im Straßburger Kreise hat der Abg. Herr v. Hennig folgende Interpellation an das Kgl. Staatsministerium gerichtet:

1. Ist es demselben bekannt, daß im Strasburger Kreise die politische Polizei von den Militär-Behörden in die Hand genommen worden ist und daß dieselben Haussuchungen vornehmen, ohne die Civil-Behörden zuzuziehen?

2. Ist es demselben bekannt, daß der Landrath des Strasburger Kreises v. Young die Civil-Behörden angewiesen hat, den in Bezug auf die politische Polizei von Seiten der Militär-Behörden an sie ergehenden Requisitionen strikte Folge zu leisten?

3. In welcher Weise gedenkt die Königliche Staats-Regierung den ad 1 und 2 gedachten gesetzwidrigen Maßregeln, im Fall sie sich als richtig erwiesen, abzuhelfen?

Minister des Innern: Punkte 1 und 2 seien ihm bisher unbekannt gewesen; seien Widergesetzlichkeiten vorgekommen, so werde er, wie Punct 3 verlange, Abhülfe treffen. Er habe die Interpellation schon jetzt beantwortet, weil Punkt 1 zu allgemein gefaßt gewesen sei, und er erst aus dem Munde des Interpellanten das Spezielle der Thatsachen erfahren habe. (Nah. i. n. Num.)

— **Ostbahn.** Versuchsweise wird vom 19. d. Mts. ab mit den Güterzügen XI. und VIII. auf der Strecke Bromberg-Warlubien Personenbeförderung vorläufig in II. und III. Wagenklasse eintreten. Zug XI. geht von Bromberg Mittags 12 U. 49 M., von Terespol Nachmittags 3 U. 23 M. ab und trifft in Warlubien Nachmittags 5 Uhr ein. Zug VIII. geht von Warlubien Vorm. 11 U. 34 M. von Terespol Nachmittags 1 U. 1 M. ab und trifft in Bromberg Nachmittags 3 U. 4 M. ein.

— **Stadtverordneten-Sitzung am 19. d. Mts.** Vorsitzender Herr Adolph, Schriftführer Herr H. Schwartz, — im Ganzen anwesend 24 Mitglieder. Vom Magistrat Herr Stadtrath Rosenow.

Der Magistrat übersendet zum zweitenmal seinen Antrag um zeitweise Anstellung eines Hilfs-Exekutors mit 10 Thlr. monatlichem Gehalt. Dem Antrage lagen statistische Angaben der Herren Polizei-Sekretär Hirschberger und Kämmerei-Kassen-Kontroleur Krüger bezüglich der Aufträge bei, welche der zeitige Magistrats-Executor auszuführen hat. Die Vers. findet sich durch diese Angaben über die Nothwendigkeit der Anstellung eines Hilfsexecutors nicht zur Genüge unterrichtet und wünscht vom Magistrat in dieser Angelegenheit eine nähere Information. — Als Pacht für das Ufer- und Pfahlgeld i. J. 1864 hat Hr. Abr. Elkan 2406 Thlr. (105 Thlr. weniger als 1863) geboten. Der Zuschlag wird ertheilt. Dagegen genehmigt die Vers. das Pachtangebot des Herrn Jul. Jacobi von 1005 Thlr. (196 Thlr. weniger als 1863) für die Marktstandsgelder als zu niedrig nicht und soll ein dritter Licitations-Termin angesetzt werden. — Die Bedingungen zur Verpachtung des Fährwachthauses werden genehmigt. — Der Magistrat legt das Licitations-Ergebniß betreffs Verpachtung der Verkaufshallen und eines Kellers im Rathhause für d. J. 1864 zur Genehmigung vor. Diese Räumlichkeiten bringen im Ganzen 35 Thlr. mehr als 1863 ein. Der Keller z. B. gewährte bisher 12 Thlr. Pacht, im n. J. nur 71 Thlr. Die Vers. genehmigt alle die Pachtangebote, welche höher, oder eben so hoch wie früher sind; die Verkaufshallen dagegen, bei denen ein solches Resultat nicht erzielt ist, sollen abermals in einem neuen Licitations-Termine ausgethan werden. Prinzipiell soll festgehalten werden, daß Aftervermiethungen nicht genehmigt werden. — Herr Stadt-

rath Rosenow theilt das Lizitations-Ergebniß bei Verpachtung der städtischen Chausseen mit. Die Bromberger Chaussee brachte 550 Thlr., bringt im nächsten J. 830 Thlr.; die Lissomitzer Chaussee in d. J. 1652 Thlr. im n. J. 2000 Thlr., die Culmer Chaussee in d. J. 1205 Thlr. im n. J. 1256 Thlr. Die Vers. genehmigt diese Pachtangebote, dagegen soll die Leibitscher Chaussee abermals licitando ausgethan werden, weil das gemachte Pachtangebot als zu niedrig erschien. Bisher brachte besagte Chaussee 5600 Thlr., das zeitige Pachtangebot erreicht nur die Höhe von 4001 Thlr. Nun hat sich aber bei der jetzigen Administration dieser Chausseen herausgestellt, daß sie nach Abzug der Administrations-Kosten im Durchschnitt täglich 13 Thlr. Ertrag gewährt. Die Vers. ersucht den Magistrat, noch einen Termin zur Verpachtung anzusetzen, bis zur Ertheilung des Zuschlages die Chaussee, womöglich durch eine andere Persönlichkeit als die zeitige, administriren zu lassen. Herr B. Meyer nimmt bei dieser Gelegenheit Veranlassung zu urgiren, daß seitens des Magistrats sowol die Termine zur Verpachtung der Chausseen nicht rechtzeitig angesetzt worden wären, sowie die Genehmigung des Licitations-Ergebnisses zu spät eingeholt werde. Es wäre dieser Mißstand schon öfter vorgekommen.

— **Handwerkerverein**. Am Donnerstag d. 24. d. fällt die Versammlung aus. Heute (Dienstag d. 22.) Abend findet die Wahl des neuen Vorstandes präcise 8 U. statt. Eine zahlreiche Betheiligung seitens der Mitglieder liegt im Interesse des Vereins.

— **Theater**. Die Winter-Saison eröffnete Herr Mittelnausen am Freitag, den 18. mit Gutzkow's „Königs-Lieutenant". Die Gesellschaft hat sich anerkennenswerth eingeführt mit der Darstellung dieses dramatischen Gelegenheitsgedichtes, dessen Schwächen trotz seiner theatralisch geschickten und auf den Effekt berechneten Komposition nur eine gerundete Aufführung übersehen läßt. Die Darstellung war im Ganzen, wie gesagt, eine gelungene. Zum Schluß wurde ein dramatischer Schwank von Kalisch „der Juristentag" aufgeführt, welcher, wie alle Arbeiten desselben Verf. von witzigen Pointen strotzt. Die musikalische Ausstattung von Conradi ist ansprechend. Die Piece gefiel sehr, wozu die Darsteller entschieden mitgewirkt haben. Sie wurden zum Schluß gerufen.

Am Sonntag (d. 20.) wurde eine Novität ein 5 akt. Schauspiel von Görner „Ein geadelter Kaufmann" aufgeführt. Das Stück, wie die Aufführung gefielen sehr.

Inserate.

Bekanntmachung.

Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß bei dem unterzeichneten Gerichte während des Jahres 1864 die Bearbeitung der auf Führung des Handelsregisters sich beziehenden Geschäfte durch den Kreis-Richter **Lesse** unter Mitwirkung des Kreis-Gerichts-Secretair **Schulz** erfolgen wird, und die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handelsregister durch einmalige Einrückung in den königlichen Preußischen Staats-Anzeiger, die Danziger Zeitung und den öffentlichen Anzeiger des Amtsblatts der Königlichen Regierung zu Marienwerder bewirkt werden wird.

Thorn, den 17. Dezember 1863.

Königliches Kreis-Gericht.
1. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Das zu Podgorz sub Nr. 16 belegene Zimmergesell **Zenke**'sche Nachlaß-Grundstück soll in termino

den 22. Januar fut.,
Vormittags 10 Uhr

an hiesiger Gerichtsstelle im Terminszimmer Nr. 1 vor dem Herrn Kreis-Gerichts-Rath **Günther** anderweitig auf ein oder mehrere Jahre vom 1. April 1864 ab verpachtet werden.

Thorn, den 14. Dezember 1863.

Königliches Kreis-Gericht.
2. Abtheilung.

Bekanntmachung,

Circa 5 Ctr. raffinirtes Rüböl und 10 Pfd. Talglichte, im Laufe des 1. Semesters k. J. zu liefern, sollen im Wege der Submission für das hiesige Post-Amt beschafft werden. Offerten über diese Lieferung sind bis zum 30. d. Mts einzureichen.

Thorn, den 20. December 1863.

Königliches Post-Amt.

Handwerkerverein.

Dienstag, den 22. Dezember, Abends 8 Uhr

Generalversammlung

um den Vorstand für 1864 zu wählen.

Donnerstag den 24. d. Mts. keine Versammlung.

Der Vorstand.

Thorner Rathskeller.

Frische Austern.

Bekanntmachung.

Die unter dem Rathhause befindlichen Gewölbe Nr. 3, 8, 15, 17, 24 und 38 sollen auf 3 Jahre vom 1. Januar 1864 bis Ende Dezember 1866 in dem

am 28. Dezember c.,
Nachmittags 5 Uhr,

in unserm Secretariat anstehenden Lizitations-Termin an den Meistbietenden vermiethet werden.

Thorn, den 21. Dezember 1863.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zur anderweiten Verpachtung der Marktstands-Gelder-Erhebung auf das Jahr 1864 haben wir auf

Dienstag, den 29. Dezember c.
Nachmittags 5 Uhr,

in unserm Secretariat den Lizitations-Termin anberaumt.

Thorn, den 21. Dezember 1863.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Erhebung der Chausseegelder an dem Schlagbaume der Leibitscher-Chaussee für das Jahr 1864 soll in dem am

Dienstage den 29. Dezember c.
Nachmittags 5 Uhr,

in unserem Secretariat anstehenden Lizitations-Termine an den Meistbietendem überlassen werden.

Thorn, den 21. Dezember 1863.

Der Magistrat.

Tanzunterrichts-Anzeige.

Hochgeehrten Herrschaften zur geneigten Kenntnißnahme, daß mein Lehrkursus hierselbst gleich nach Weihnachten eröffnet wird.

Näheres zur geeigneten Zeit.

Hochachtungsvoll

J. Jettmar.
Tänzer und Tanzlehrer aus Berlin.

Ein paar große sauber gearbeitete messingene

Altar-Leuchter

stehen bei mir sehr billig zum Verkauf; ebenso empfehle ich einen großen Vorrath dauerhaft gearbeiteter **Messing-Waaren.**

C. Kleemann,
Altst.-Markt No. 301. 1 Tr. hoch.

Zu Festgeschenken empfehle ich meinen Vorrath von

Petroleum-Lampen

zu sehr herabgesetzten Preisen, sowie

Petroleum,
à Quart 9 Sgr.

C. Kleemann,
Altst.-Markt No. 301. 1 Tr. hoch.

Zu

Weihnachts-Geschenken:

Storeoskopen mit 12 Bildern à 1 Thlr.

Operngläser, Brillen, Lorgnetten, Mikroskope, Taschenmikroskope à 20 Sgr.

Fernröhre, Pince-nez, Lesegläser, Thermometer, Alkoholometer.

So eben habe ich noch eine neue Sendung erhalten und verlängert sich daher mein Aufenthalt bis zum 1. Januar 1864.

J. Jacobowicz,
Optikus in den 3 Kronen Zimmer Nr. 4.

Ein thätiger Theilnehmer mit

10,000 Thlr., oder ein stiller mit 5—6000 Thlr. wird zu einem nachweislich rentablen technischen Unternehmen gesucht. Die Kapital-Einlage kann successive, doch muß sie bis zum 1. Juni k. J. erfolgen. Hierauf Reflectirende wollen ihre Adr. i. d. Buchhandl. d. Hrn. **Lambeck** sub E. L. niederlegen.

Ungarische Wallnüsse

so wie **Lambertnüsse** empfiehlt in vorzüglicher Qualität

M. Tiede.

Schlittschuhe in Auswahl mit und ohne Riemzeug empfehlen billigst

Gbr. Schneider,
Brückenstr. Nr. 38.

Mein großes Lager jeder Art

Herrenstiefel,

von mir selbst gefertigt, empfehle zur gefälligen Beachtung. Lackirstiefel, passend zum Festgeschenk, verkaufe ich, um damit zu räumen unter Garantie zu sehr billigen Preisen.

Ferner empfehle ich den geehrten Damen gefütterte Zeuggamaschen, Pelzstiefelchen, Lackirstiefelchen mit Doppelsohlen zu billigen Preisen. Auf Bestellung wird jede in mein Fach schlagende Arbeit prompt und reell, und namentlich zu den billigsten Preisen ausgeführt.

David Lilienthal.
Brückenstraße Nro 8.

Eine von mir gearbeitete, und vollständig mit schönen Topf-Gewächsen besetzte

Blumenfontaine,

Werth, ohne Topf-Gewächse Thlr. 40, bin ich Willens am Neujahrs-Nachmittage im **Wieser**'schen Kaffeehause öffentlich zu verloosen. Den Ertrag dieser Verloosung überweise ich dem hiesigen Hilfs-Fonds für Schleswig-Holstein und hoffe ich, daß das geehrte Publikum meiner Einladung zur Entnahme von Loosen für diesen Zweck nachkommen wird.

Loose à 1 Thlr. und die Liste halte ich als auch Herr **Wieser** bereit.

Meinass,
Klempnermeister.

1 bis 2 Pensionaire finden freundliche Aufnahme bei

Krueger,
Kreis-Gerichts-Sekretair.

Ein möbl. Zimmer wird durch die Buchhandl des Herrn ***Lambeck*** gesucht.

Eine **Bäckerei** ist zu vermiethen und zu erfragen bei

Haeneke
Altstadt Nro. 189.

In meinem Hause Culmerstraße Nr. 342 ist von jetzt eine freundliche Wohnung von 2 Stuben nebst Zubehör zu vermiethen und von Neujahr zu beziehen. Auch sind daselbst Möbel und Wirthschaftssachen aus freier Hand billig zu verkaufen.

A. Wernick.

Brückenstraße Nr. 20 ist eine Wohnung zu vermiethen.

Kirchliche Nachrichten.

In der altstädtischen evangelischen Kirche.

Gestorben: Den 12. Decbr. Maria eine T. d. Arbeitsm. Koszynski 3 J. 8 M. alt an Krämfen.

In der St. Marien-Kirche.

Getauft: Marian Bernard, S. d. Bäckergesellen Bernard Müller zu Culm. Vorst.

Gestorben: Den 9. Decbr. Ww. Rosalia Matejewska zu Kl. Mocker, 57 J. alt, an Schwäche. Den 14. Marian Bernard S. d. Bäckerges. Bernard Müller zu Culmer Vorst. 7 T. alt, an Krämpfen.

In der St. Johannis-Kirche.

Getauft; Den 13. Decbr. Rosalia Sophie, T. d. Dienstm. Rosalie Tigunska, geb. d. 10. Decbr. Anton Franz, S. d. Dienstm. Rosalie Flade, geb. d. 3. Dezbr.

Gestorben: Den 13. Decbr. Veronica Szulecka uneh. T., 3 J. 7 M. alt, an den Masern.

In der neustädt. evangelischen Stadt-Gemeinde.

Gestorben: Den 16. Decbr. Frau Anna Doroth. verw. Murawska, geb. Frischmuth, an Entkräftung, alt 72 Jahr.

In der St. Georgen-Parochie.

Getauft: Den 13. Decbr. Robert Michael, S. d. Schuhm. Fried. Thiemer in Neu-Jak.-Vorst. geb. d. 23. Sept,

Gestorben: Den 12. Decbr. Die Arbeitsf. Wilh. Grasmann, 40 J. alt, a. d. Wassersucht. Den 13. Die Ww. Anna Cath. Ott geb. Schulz in Dorf Neumocker, 54 J. 9 M. alt, an Entkräftung. Den 16. Gottliebe geb. Schenkel Chef. d. Eigenkäth. Joh. Haberer 48 J. alt, an der Lungenentzündung.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 19. Dezember. Temp. Kälte 2 Grad. Luftdruck 28 Zoll 2 Strich. Wasserstand 1 Fuß 3 Zoll unter 0.
Den 20. Dezember. Temp. Wärme 1 Grad. Luftdruck 28 Zoll 4 Strich. Wasserstand 1 Fuß 6 Zoll unter 0.
Den 21. Dezember. Temp. Wärme 2 Grad. Luftdruck 28 Zoll 1 Strich. Wasserstand 1 Fuß 1 Zoll unter 0.

(Beilage.)

Beilage zum Thorner Wochenblatt.

Nr. 151. Dienstag, den 22. Dezember. **1863.**

Provinzielles.

Culm, den 18. Dezember 1863. Die Erweiterung Ihres Blattes hat in den Kreisen der hiesigen Liberalen große Freude erregt. Wir fühlen lebhaft, wie nothwendig ein direkter Verkehr unter den Parteigenossen auch außer den Zeiten der Wahlen ist und wünschen dringend, daß ein solcher Verkehr durch dieses Blatt herbeigeführt und daß namentlich dasselbe ein Sprechsaal nicht nur für die allgemeinen politischen Angelegenheiten, sondern auch für die speciellen Interessen unseres und der benachbarten Kreise wird. — Daß es schwer sein wird, allen Anforderungen unserer Parteigenossen in dieser Beziehung zu genügen, liegt auf der Hand; möge man aber auf der einen Seite diese Anforderungen nicht zu hoch spannen und auf der andern Seite sich bemühen, allseitig sein Scherflein dazu beizutragen, dann wird es nicht fehlen, daß der Leserkreis sich immer mehr erweitert und daß das Blatt allmälig das bietet, was wir von ihm beanspruchen, das ist: eingehende und populaire Besprechung aller Tages-Ereignisse, Erörterung der auf den Gebieten des socialen und politischen Lebens auftauchenden wichtigen Fragen, Mittheilung der uns und den benachbarten Kreise speciell interessirenden Angelegenheiten.

Die Begeisterung, welche sich in ganz Deutschland und Preußen für die Sache Schleswig-Holsteins kund giebt, hat auch hier ihre Früchte getragen. In einer am Mittwoch stattgefundenen Versammlung wurde die Bildung eines Hilfsvereins für Schleswig-Holstein beschlossen, auch sofort eine Sammlung von Beiträgen veranstaltet, welche bei der verhältnißmäßig nicht großen Zahl von Anwesenden doch den nicht unbedeutenden Betrag von 130 Thlr. ergab. Ueber die Verwendung dieser Beiträge, sowie über die fernern Schritte soll im Komitee beschlossen werden, in welches gewählt wurden: Die Herren Justizrath Knorr, Döring, Graf Reventlow, v. Boltenstern-Napolle, Kreisrichter Fülleborn, Brand, Steffens-Bahersee, v. Baltier-Neuhoff und T. G. Kirstein.

In der Versammlung machte sich übrigens neben dem einmüthigen Wunsche, für die Sache Schleswig-Holsteins helfend einzutreten, das dringende Verlangen geltend darin, gemeinsam mit den übrigen Städten und Kreisen der Provinz zu operiren.

Es wurde deshalb mit großer Befriedigung von dem Inhalt des dortigen Circulairs vom 10. Dezbr. c. Kenntniß genommen und dem gemäß das Ersuchen an das Komitee gerichtet, die durch ebengedachtes Circulair in Anregung gebrachte Versammlung aller Hilfsvereine hiesiger Provinz nicht unbeachtet zu lassen.

Die hiesige Brauerei des Herrn C. Schmarse erfreut sich eines immer größern Aufschwunges. Das Fabrikat derselben wird immer besser und kann sich namentlich von bairischem Bier den besten zur Seite stellen. Um aber dem sich mehrenden Absatz auch Genüge leisten zu können, hat der Besitzer derselben, nachdem er vor 3 Jahren einen großartigen Eiskeller gebaut, vor wenigen Tagen einen zweiten Eiskeller vollendet, den er in Gegenwart von mehreren Hundert eingeladener Gäste in voriger Woche feierlich eingeweiht hat. Das bei dieser Gelegenheit gespendete Bairische Bier erfreut sich eines ganz besondern Zuspruchs, weil es wirklich gut war. Herr Schmarse hatte die Räume des neuen Kellers geschmackvoll decorirt und bewirthete dort seine Gäste bis spät in die Nacht hinein.

Graudenz, den 18. Dezember. (G. G.) Mittwoch früh erhielt ein hiesiger Kaufmann einen sehr unwünschten Besuch. Der Hausknecht desselben war eben Morgens nach 5 Uhr durch eine Seitenthür nach Wasser gegangen, als durch die somit geöffnete Thüre zwei Kerle ins Haus und in das Schlafzimmer des Besitzers drangen. Einer derselben der eine Maske trug, fiel über den noch im Bette Liegenden her, versuchte ihm unter die Kissen zu bringen und ihm den Mund zuzustopfen, wahrscheinlich um seinem Begleiter freie Hand zum Stehlen zu geben. Während des Ringens gelang es aber dem Ueberfallenen, den Klingelzug über seinem Bette zu ergreifen, und als nach herzhaftem Zug die Glocke laut erschallte, zogen die beiden Strolche es vor, eiligst das Feld zu räumen. Leider hat man keine Spur die auf die Person der Verbrecher führen könnte.

Zum gefälligen Abonnement empfiehlt sich

Otto Ruppius' Sonntags-Blatt.

Wöchentlich 1 Bogen gr. 4. Preis bei allen Postanstalten vierteljährlich 9 Sgr., bei allen Buchhandlungen vierteljährlich 9 Sgr., wöchentlich 9 Pf.

Inhalt: Erzählungen der beliebtesten Schriftsteller, und namentlich aus der Feder des Herausgebers Otto Ruppius selbst, fortlaufendes Album von Originaldichtungen, Biographien von Männern des Volkes, Sittenbilder und Erfindungen, populäre Umschau auf dem Felde der Literatur, belehrende Aufsätze aus allen Gebieten der Wissenschaft, und eine Fülle kleiner pikanter Notizen, wie sie von keinem andern Blatte ähnlicher Richtung gebracht werden.

27. Auflage!

Motto: „Manneskraft erzeugt Muth und Selbstvertrauen!"

Der PERSŒNLICHE SCHUTZ.
27. Auflage.
In Umschlag versiegelt.

Aerztlicher Rathgeber in allen geschlechtlichen Krankheiten, namentlich in

Schwächezuständen etc. etc.

Herausgegeben von Laurentius in Leipzig. 27. Auflage. Ein starker Band von 232 Seiten mit 60 anatomischen Abbildungen in Stahlstich — Dieses Buch, besonders nützlich für junge Männer, wird auch Eltern, Lehrern und Erziehern anempfohlen, und ist fortwährend in allen namhaften Buchhandlungen vorräthig. (Ausserdem bei dem Verfasser, Hohestrasse Nr. 26 in Leipzig.) und in Thorn bei

Ernst Lambeck.

27. Aufl. — Der persönliche Schutz von Laurentius. Rthlr. $1^{1}/_{3}$n= fl. 2. 24 kr.

Warnung. — *Da neuerdings wieder unter ähnlich lautendem Titel fehlerhafte Auszüge und Nachahmungen dieses Buches (die übrigens an ihrem geringeren Umfange schon zu erkennen sind), in öffentlichen Blättern ausgeboten werden, so wolle der Käufer, um sich vor Täuschung zu wahren, das von* Laurentius *herausgegebene Werk bestellen und bei Empfang darauf sehen, dass es mit dessen vollem Namenssiegel versiegelt ist.* Ausserdem ist es das Aechte nicht.

Immer mehr Anerkennungen findet unser

Eau de Cologne philocome (Kölnisches Haarwasser),

bekannt unter dem Namen Moras' haarstärkendes Mittel.

Köln am Rhein, Brückenstraße 5C. **A. Moras & Comp.**

Hierdurch theile ich Ihnen gern mit, daß ich von einem auswärtigen Freunde, dem ich ein Dutzend Flaschen Ihres berühmten Eau de Cologne philocome (**Kölnisches Haarwasser**) übersandt habe, jetzt nach beinahe einem halben Jahre die gelegentlichste Mittheilung erhielt, daß es das frühzeitige Grauwerden seiner Haare, welches in unangenehmer Weise schon begann, zu seinem Erstaunen gänzlich beseitigt hat; auch bei mir selbst ist es unentbehrlich geworden.

Köln, den 6. November 1862. **Julius Köster.**

Echt zu haben bei Ernst Lambeck in Thorn.

Per 1/1 Fl. 20 Sgr., per 1/2 Fl. 10 Sgr.

Weihnachtsgeschenke.

Die Buchhandlung von Ernst Lambeck

empfiehlt zum bevorstehenden Weihnachtsfeste ihr in jeder Hinsicht reich assortirtes Lager von

literarischen Festgeschenken

sowohl für die Jugend als auch für Erwachsene, und zwar:

Bilderbücher mit und ohne Text; Fibeln mit colorirten Bildern; Märchenbücher und Erzählungen für das jugendliche Alter; Naturgeschichten mit colorirten Kupfern; größere Werke für das jugendliche Alter; Gedichtsammlungen; sauber gebundene Miniatur-Ausgaben deuscher Dichter und Prosaisten; Andachts- und Gebetbücher für jede Confession; Bibeln und neue Testamente in eleganten Einbänden; Kochbücher 2c. 2c.

Der reichhaltige **Weihnachtskatalog** ist dieser Tage gratis versendet.

Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste erlaube ich mir einem hochgeehrten Publikum Thorn's und der Umgegend ergebenst anzuzeigen, daß ich sowohl in meinem bisherigen, als in meinem neuen Laden, Brückenstraße Nr. 9

Pfefferkuchen

in den verschiedensten Sorten,

Steinpflaster, Zucker- und Pfeffernüsse

verkaufe und einen angemessenen Rabatt bewillige.

Anton Volkmann,
(Firma F. W. Bähr.)

Vorzügliche **Pfundhefe** bei

Eduard Seemann.

Zum bevorstehenden

Weihnachtsfeste

empfehle ich einem hochgeehrten Publikum meine Fabrikate, bestehend in allen Sorten

Pfefferkuchen, Steinpflaster, Zuker- und Pfeffernüssen

zur gütigen Beachtung.

Bei Entnahme von 1 Thlr. Pfefferkuchen bewillige ich 7 Sgr. 6 Pf. Zugabe.

Thorn, den 18. Dezember 1863.

H. Thomas.

Petroleum empfiehlt billigst

George Beuth,
Brückenstr. Nro. 20.

250,000 Gulden

Haupt-Gewinn der Ziehung am kommenden 2. Januar

des Eisenbahn- und Dampfschifffahrt Anlehens.

Der Verkauf dieser Anlehensloose, ist in allen Staaten gesetzlich erlaubt.

Hauptgewinne des Anlehens sind: 21 mal **250,000** fl. — 71 mal **200,000** fl. — 103 mal **150,000** fl. — 90 mal **40000** fl. — 105 mal **30,000** fl. — 90 mal **20,000** fl. — 105 mal **15,000** fl. und 2060 Gewinne von 5000 fl. bis abwärts 1000 fl., und der geringste Preis, den mindestens **jedes Obligations-Loos** erzielen muß, ist 145 Gulden. —

Kein anderes Unternehmen bietet demnach mit einer ungewöhnlich einladenden Spiel-Chancen noch so große und viele Gewinne, verbunden mit den sichersten Garantien.

Ein Loos für obige Ziehung kostet Thlr. 2 —
Sechs Loose zusammen nur . . . „ 10 —

Pläne werden **Jedermann** auf Verlangen **gratis** und **franco** übersandt, ebenso Ziehungslisten gleich nach der Ziehung. Durch unterzeichnetes Handlungshaus werden gefl. Aufträge gegen Baarsendung oder Postnachnahme prompt ausgeführt.

Jacob Lindheimer jr.
Staats-Effecten Handlung in Frankfurt a/M.

Zum Weihnachtsfeste

empfehle folgende Sachen zur geneigten Beachtung Traurben-Rosinen, Schaalmandeln, Feigen, Chatarinen- und Tafel-Pflaumen, geschält und ungeschältes Obst, französische und russische Schooten-Erbsen, Schnittbohnen, Champignons, Ananas, Ingbeer, Cuccade, Pommeranzen-Schaalen, Tafel-Bouillon, Zucker und Schaumsachen leicht und geschmackvoll, diverse Bonbons und Confituren, delicate echt engl. Fruchtbonbons, Citronen, Apfelsinen, Limonien und schöne Aepfel. Um geneigten Zuspruch bittet

Eduard Seemann.

Wallnüsse in verschiedenen Sorten

wie seit Jahren bekannt, nur in bester Qualität **Lambert-** und **Para-Nüsse** empfehle. An meine verehrten Kunden die Bitte mir ihren Bedarf in Wallnüssen rechtzeitig aufgeben zu wollen, da in den letzten Tagen vor dem Feste, bei dem Andrange es unmöglich ist, Jeden nach Wunsch zu bedienen.

Eduard Seemann.

Künstliche Zähne.

Dem Wunsche meiner werthen Patienten zufolge, werde ich in Kurzem in Thorn zu consultiren sein

Mallachow, pr. Zahn-Arzt.

Frische Wallnüsse, Traubenrosinen, Marzipanmandeln, Chocolade, sowie sämmtliche Colonialwaaren empfiehlt billigst

George Beuth,
Brückenstr. Nr. 20.

Rettigbonbons

gegen Husten und Brustleiden

Niederlage von *Drescher & Fischer* in Mainz bei **J. L. Dekkert.**

Schönes birkenes **Klobenholz** à $6^{1}/_{2}$ Thlr pro Klafter und desgleichen eichenes Klobenholz à 6 Thlr. pro Klafter verkaufe am Weichsel-Ufer hier.

Ernst Hugo Gall.

In einem umfangreichen Comptoir-Geschäft findet ein junger Mann aus achtbarer Familie als Lehrling eine Stelle. Näheres unter Chiffre. B. M. in der Exp. d. Bl.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei.